

Landtagswahl Baden-Württemberg 2011 / Vergleich der Wahlprogramme

Thema: EHE / FAMILIE

CDU	FDP	SPD	GRÜNE
<p>So vielfältig wie die Lebensentwürfe der Familien in Baden-Württemberg sind, so individuell fallen die Entscheidungen für die beste Betreuungsform aus. Für die CDU Baden-Württemberg hat die Wahlfreiheit der Eltern bei der Frage der Betreuung ihrer Kinder oberste Priorität. Wir unterstützen die, die ihre Kinder selbst betreuen und erziehen möchten, genauso wie diejenigen, die private und öffentliche Betreuungsangebote nutzen.</p> <p>Wir stehen zur Verantwortung der Eltern, denn die Erziehung eines Kindes lässt sich nicht abgeben. Wo Eltern Unterstützung wünschen oder Bedarf deutlich wird, sollen unsere Angebote helfen.</p> <p>Besonders wichtig für die Zukunft unserer Gesellschaft sind Ehepartner, die sich dafür entscheiden, mehrere Kinder haben zu wollen. Diese Ehepartner verfügen über Qualifikationen und Kompetenzen, auf welche unser Land nicht verzichten kann. Diese Familien wollen wir unterstützen.</p> <p>Die Betreuung und Erziehung von Kindern ist zuerst Aufgabe der Eltern, dann der Gesellschaft und des Staates. Das Subsidiaritätsprinzip begründet den Vorrang freier Träger in der Kinderbetreuung. Gerade kirchliche Einrichtungen leisten hier einen entscheidenden Beitrag zum Erfolg unseres Projekts Kinderland Baden-Württemberg. Sie erfüllen in besonderer Weise den Auftrag der Landesverfassung, in der es heißt: „Die Jugend ist in Ehrfurcht vor Gott zu erziehen.“</p>	<p>Wir werden eine Familienpolitik betreiben, die der notwendigen frühen Prägung der Kinder Rechnung trägt, ihnen eine sie fördernde Entwicklung ermöglicht und ihnen so alle Chancen in dieser Gesellschaft offenhält.</p> <p>Wir werden gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften nach dem Vorbild anderer Bundesländer landesrechtlich umfassend mit der Ehe gleichstellen. Hierzu gehört, vom Gebrauch der Länderöffnungsklausel Abstand zu nehmen und im öffentlichen Dienstrecht die volle Gleichstellung durchzusetzen.</p>	<p>Moderne Familienpolitik heißt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Dazu gehört in erster Linie der Anspruch auf Ganztagsbetreuung. Deshalb bauen wir die öffentliche Kinderbetreuung von der Krippe und der Kindertagespflege über den Kindergarten bis hin zur Ganztagschule sowohl in Quantität als auch in Qualität aus.</p> <p>Gute, familienfreundliche Arbeitsbedingungen im Land sollen den Paaren Rückhalt geben. Dadurch werden alle Familien gestärkt. Und wir werden das Versprechen eines Rechtsanspruchs auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung für Kinder oder in Kindertagespflege ohne Wenn und Aber einlösen.</p>	<p>Wir treten dafür ein, dass das Landeserziehungsgeld schrittweise in die U3-Betreuungs- und Bildungseinrichtungen umgeschichtet wird.</p> <p>Familie ist da, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen – diese grüne Leitlinie muss Allgemeingut werden. Wir wollen die Modernisierung des Familienbegriffs in der Gesellschaft. Familienfreundliche Politik unterstützt Familien in allen Varianten. Sie fördert und fordert die Entwicklung neuer, flexiblerer Elternbilder und neuer Arbeitszeit- und Karrieremodelle für Eltern. Auch das Familien- und Kindschaftsrecht hat den gesellschaftlichen Realitäten zu folgen – nicht umgekehrt.</p> <p>Im Kindschaftsrecht wollen wir die rechtliche Position von sozialen Elternteilen stärken, ohne die der biologischen Elternteile zu ersetzen. Deshalb wollen wir mit einem Familienvertrag ein flexibles neues Rechtsinstitut einführen, um biologischen und gegebenenfalls sozialen Eltern die Möglichkeit zu eröffnen, relevante kindschaftsrechtliche Fragen (elterliche Sorge, Aufenthaltsbestimmung, Umgang, Unterhalt usw.) zum Wohl des Kindes verbindlich miteinander regeln zu können.</p> <p>Wir wollen ein gemeinschaftliches Adoptionsrecht für alle Lebensgemeinschaften.</p> <p>Lesbische Paare, Unverheiratete und Alleinstehende müssen Zugang zu reproduktionsmedizinischen</p>

			<p>Maßnahmen erhalten.</p> <p>Wir setzen uns für die gleichberechtigte Teilhabe von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, transsexuellen und intersexuellen Menschen ein. Als Bürgerrechtspartei haben wir die Gleichstellung von Lesben und Schwulen entscheidend vorangetrieben und die Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaft in Deutschland durchgesetzt.</p> <p>Lesbischen und schwulen Paaren werden die gleichen Pflichten wie Ehepaaren abverlangt, gleiche Rechte werden ihnen jedoch verweigert. So müssen in Baden-Württemberg verpartnerte lesbische Beamtinnen und schwule Beamte bislang Nachteile in der Beamtenversorgung hinnehmen. Wir GRÜNEN wollen erreichen, dass die beamtenrechtlichen Regelungen für diesen Personenkreis rückwirkend den Regelungen für heterosexuelle Eheleute angeglichen werden.</p> <p>Über die Landespolitik hinaus setzen wir uns deshalb für die Öffnung der Ehe für schwule und lesbische Paare und für eine vollständige Gleichstellung von lesbischen und schwulen Partnerschaften und Regenbogenfamilien im Hinblick auf das Adoptionsrecht und das Steuerrecht ein.</p> <p>Die Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, transsexuellen und intersexuellen Menschen muss auch im Grundgesetz verankert werden.</p> <p>Daher fordern wir weiterhin eine Initiative auf Bundesratsebene, die sich für die Aufnahme der sexuellen Identität in Artikel 3 des Grundgesetzes einsetzt. Ebenso fordern wir die Aufhebung aller Urteile</p>
--	--	--	--

			<p>nach § 175 (auch nach 1945) sowie die Einrichtung einer Stiftung zur Entschädigung der Opfer des § 175 und zur Förderung von Bildung und Wissenschaft im Bereich der Homosexualität. Der Diskriminierung von Schwulen, Lesben, Bisexuellen, Intersexuellen, Transsexuellen und Transgendern muss auf Bundes- und Landesebene ein Ende gesetzt werden!</p> <p>Wir unterstützen daher schwullesbische Jugendprojekte gerade im ländlichen Raum und fordern eine stärkere Akzeptanz und Sensibilität in Fragen sexueller Identitäten bei der Jugendhilfe.</p> <p>Ein vielfältiges und respektvolles Miteinander muss bereits in den Bildungseinrichtungen des Landes seinen Platz haben. Baden-württembergische Schulen sind angehalten, unterschiedliche sexuelle Identitäten als etwas Selbstverständliches zu vermitteln und wertneutral zu behandeln. Diese Aufgabe muss in den Bildungsstandards sowie in der Lehrerbildung verbindlich verankert werden. Dabei denken wir nicht nur an den Aufklärungsunterricht im Fach Biologie, sondern an alle Unterrichtsfächer.</p> <p>In diesem Zusammenhang sollten im Fach Gemeinschaftskunde z.B. soziologische Fragen thematisiert werden, in den Fächern Religion und Ethik Aspekte der Lebensgestaltung, und in Sprach- und Mathematiklehrbüchern ist der Alltag verschiedener Familienformen (also auch von Regenbogenfamilien) abzubilden.</p>
--	--	--	---

Thema: SCHUTZ DES UNGEBORENEN LEBENS

CDU	FDP	SPD	GRÜNE
<p>Wir treten nachdrücklich für den Schutz des ungeborenen Lebens ein. Wir wollen die Grundlagen dafür verbessern, dass jedes ungeborene Kind, auch unter erschwerten Bedingungen, angenommen wird. Schwangere in Not- und Konfliktsituationen brauchen neben finanziellen Hilfen und einem bedarfsgerechten Betreuungsangebot unsere volle Unterstützung. Der Schutz des Lebens ungeborener Kinder muss in der Rechtsordnung unseres Staates verankert bleiben.</p> <p>Wir brauchen ein gesellschaftliches Klima, das es den Eltern leichter macht, sich für die Geburt eines kranken oder behinderten Kindes zu entscheiden. Die immer weiter zunehmende Zahl der Spätabtreibungen muss eingeschränkt werden.</p> <p>Neue Verfahren der Gendiagnostik bringen schwierige ethische Fragen mit sich. Die CDU hat die Diskussion über die Möglichkeiten und Risiken der Präimplantationsdiagnostik (PID) intensiv und mit großer Ernsthaftigkeit geführt. Wir sehen in der Zulassung der PID die Gefahr, dass menschliches Leben in „lebenswert“ und „nicht lebenswert“ eingeteilt werden könnte. Wenn Embryonen mit Behinderung bei der PID aussortiert werden, widerspricht das unserer Auffassung von der unantastbaren Würde kranker oder behinderter Menschen.</p> <p>Es darf nicht dazu kommen, dass Eltern sich dafür rechtfertigen müssen, wenn sie ein behindertes Kind zur Welt bringen. Deshalb sind wir für ein Verbot der PID.</p>	<p>Wir werden die anonyme Geburt zulassen und auf eine sichere gesetzliche Grundlage stellen, um dadurch Frauen in psychischen Ausnahmesituationen eine auch aus ihrer Sicht niederschwellige und rechtssichere Alternative zu Abtreibung, medizinisch unbetreuter Geburt im Verborgenen, Kindesaussetzung oder der Tötung des neugeborenen Kindes zu eröffnen. Dass die Schwangeren bei ihrer Entscheidung für eine anonyme Geburt nicht allein gelassen werden und dass das Recht der Kinder auf Kenntnis ihrer Abstammung so weit wie möglich gewahrt bleibt, soll dabei insbesondere durch Beratungsangebote sichergestellt werden.</p>	<p>---</p>	<p>---</p>

Thema: CHRISTLICHE WERTE

CDU	FDP	SPD	GRÜNE
<p>Das friedvolle Zusammenleben der Religionen ist eine Grundvoraussetzung für das Zusammenleben überhaupt. Hier haben die christlichen Kirchen in vielen Initiativen entscheidende Arbeit geleistet.</p> <p>Die CDU bekennt sich zu christlichen Werten und Überzeugungen, die unsere Kultur und unser Gemeinwesen auch künftig prägen sollen. Besonders die Kirchen sind für uns wichtige Ansprechpartner. Ihr Rat hat für uns besonderes Gewicht. Wir wollen, dass die Menschen in Baden-Württemberg weiter vom engen und vertrauensvollen Miteinander von Kirchen und Land profitieren können. Wir stehen zum konfessionellen Religionsunterricht an unseren Schulen, zum Sonntag- und Feiertagsschutz, zu den Pflichten des Landes aus dem Staatskirchenvertrag und zu den besonderen christlichen Bezügen in unserer Landesverfassung.</p> <p>Das Subsidiaritätsprinzip begründet den Vorrang freier Träger in der Kinderbetreuung. Gerade kirchliche Einrichtungen leisten hier einen entscheidenden Beitrag zum Erfolg unseres Projekts Kinderland Baden-Württemberg. Sie erfüllen in besonderer Weise den Auftrag der Landesverfassung, in der es heißt: „Die Jugend ist in Ehrfurcht vor Gott zu erziehen.“</p>	<p>Integrationspolitik ist nicht beliebig, sondern muss werteorientiert sein, sie muss also die fundamentalen Grundrechte und Werte unserer Demokratie und unseres Rechtsstaates vermitteln. Demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien bilden die unabdingbare Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben. Die Rechtsordnung und Prinzipien, wie die Gleichheit der Geschlechter, die Achtung gegenüber Andersdenkenden, Andersgläubigen oder Nichtgläubigen, das Gewaltmonopol des Staates oder der Verzicht auf gewaltsame Konfliktlösungen gelten ohne jede Einschränkung für alle im Land lebenden Menschen. Der Staat hat diese Werte und Prinzipien gegen jeden Relativierungsversuch und auch gegenüber (scheinbar) kulturell oder religiös begründeten abweichenden Ansprüchen unmissverständlich zu schützen und zu verteidigen.</p>	<p>Wir verteidigen die Freiheit des Denkens, des Gewissens, des Glaubens und der Verkündigung. Grundlage und Maßstab dafür ist unsere Verfassung. Für uns ist das Wirken der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften durch nichts zu ersetzen, insbesondere wo sie zur Verantwortung für Mitmenschen und das Gemeinwohl ermutigen und damit Tugenden vermitteln, von denen unsere Demokratie lebt. Wir suchen das Gespräch mit ihnen und, wo wir gemeinsame Aufgaben sehen, die Zusammenarbeit. Wir stehen zu den geltenden Staatsverträgen.</p>	<p>Wir begreifen die lebendige Vielfalt der Kulturen, Abstammungen, Muttersprachen und Herkunftsländer der Baden-WürttembergerInnen in erster Linie als Chance für eine zukunftsfähige, innovative, kreative und stabile Gesellschaft. In Zeiten der kulturellen, wirtschaftlichen und bürgerschaftlichen Vernetzung und Mobilität über alle Grenzen hinweg ist Abschottung keine Option.</p> <p>Vielfalt der Kulturen heißt auch Vielfalt der Religionen.</p>